

Eisenwurzen

Wochenblatt für das werktätige Volk im Wahlkreis Eisenwurzen

Redaktion und Verwaltung: Amstetten, Ardaggerstraße 28. Alleinige Anzeigenannahme durch die Verwaltung des Blattes in Amstetten. Bezugsbedingungen: Einzelnummer 25 g. Bei Postzustellung im Monat S 1-30, Einzelemplar 30 g. Bei Zustellung durch den Kolporteur wöchentlich 25 Groschen.

Jahrgang 6

Freitag, den 17. März 1933

Nummer 11

Brief aus Deutschland.

Die Reaktion richtet sich ein.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Berlin, 14. März 1933.

Die blutige Reaktion hat für ihre Gewalttaten einen schönen, neuen Namen gefunden. Sie nennt sich jetzt „nationale Revolution“. Die Bezeichnung „Revolution“ soll dafür herhalten, all das Furchtbare zu decken und zu rechtfertigen, was jetzt in Deutschland geschieht. Gewiß, wir haben noch immer die Weimarer Reichsverfassung. Mit Stolz nannten wir deutschen Republikaner sie die freieste der Welt. Noch ist sie nicht aufgehoben und doch gilt nur mehr ihr Artikel 48, der Notverordnungen zuläßt. Im übrigen werden wir mit dem Faschismus regiert. Nur wenige Tatsachen mögen diese Behauptung bestätigen:

Reichsinnenminister Dr. Frick (Nazi, Bild links) erklärte, für jeden getöteten SA-



Mann werden drei Sozialisten umgebracht. Das ist keine leere Drohung. Die Sozialisten werden jedenfalls umgebracht, auch ohne daß SA-Männer getötet wurden. Täglich berichten die Blätter von Kommunisten, die „auf der Flucht“ erschossen worden seien. Man weiß ja, daß dies die Befehlsgebung jedes Meuchelmordes ist. Die Polizei aber sieht und hört nichts. Es gibt nur mehr wenige Arbeiterheime und Gewerkschaftshäuser, die nicht von Hafenkreuzern besetzt sind. Das gilt für die kommunistischen Parteihäuser ebenso wie für die sozialdemokratischen. Die Führer der Arbeiterbewegung werden zusammengefangen und ohne jedes Urteil, ohne richterlichen Befehl wandern sie in den Kerker oder in Konzentrationslager. Auch alle Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilen dieses Schicksal. Das Reichsbanner ist in einigen Ländern verboten worden.

Die sozialdemokratische und kommunistische Presse hat zu bestehen aufgehört. Die Druckereien sind gesperrt, in den Redaktionen haufen Hitlers Barden wie die Sonnen. Die deutschen Arbeiter haben keine Zeitungen mehr.

Großen Wert legt die Reaktion offenbar darauf, ihre Macht zu zeigen. Reichspräsident Hindenburg hat „vorläufig“ die monarchistische schwarzweiße Fahne und die Hafenkreuzfahne als offizielle Reichsfahnen erklärt. Auf allen öffentlichen Gebäuden ist die Hafenkreuzfahne gehißt. Aber nicht nur dort: Auch die beraubten und eroberten Häuser der Arbeiterschaft läßt der Naziminister Göring (Bild rechts) mit diesem Schandmal beslaggen. Auf dem Geburtshaus Karl Marx' in Trier weht die Hafenkreuzfahne! So verhöhnern sie das entrechtete deutsche Proletariat. Die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft sind keine Stunde ihres Lebens sicher. Folterungen in den braunen SA-Kasernen sind alltäglich geworden. Den Richtern ist die Zugehörigkeit zum republikanischen Richterbund streng untersagt worden. Literatur und Kunst werden den Hafenkreuzbanden ebenso ausgeliefert wie der Staatsapparat.

In der vorigen Woche hat Hitler Süddeutschland erobert. Ohne ernstlichen Widerstand zu finden, brachte er Bayern, Baden und Württemberg in seine Gewalt. „Deutschland ist geeint, die Kleinstaaterei ein für allemal beseitigt“, verkündet Reichskanzler Hitler. Die Zukunft wird lehren, daß gerade die Hafenkreuzherrschaft das Auseinanderstreben der deutschen Länder neuerlich angefaßt hat.

So richtet sich die schwarzweiße und Hafenkreuzreaktion in Deutschland als Nachhahlerin ein. Ohnmächtig duldet die deutsche Arbeiterklasse, daß die Gewalten der Vergangenheit triumphieren. Schutzlos sind

Sozialdemokraten und Kommunisten ihrem Mißgunst preisgegeben. Und doch ist die Hoffnung nicht gestorben, daß auch diese schwere Prüfung am unbeflegbaren deutschen Proletariat vorübergehen wird.

Der Abwehrkampf um die Volksrechte.

Die Regierung beharrt auf den „kriegswirtschaftlichen“ Verordnungen. — Einmütige Ablehnung der Verordnungen durch die arbeitenden Massen in Stadt und Land.

Vorige Woche ist der Angriff auf die Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit unternommen worden. Die Regierung hob diese wichtigsten Staatsbürgerrechte unter Berufung auf das sogenannte „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“ auf. Dasselbe höchst zweifelhafte Rechtsgrundlage hat sie am 12. März zur Erlassung weiterer zwölf Verordnungen gewählt.

Die Regierung Dollfuß hat ihr Versammlungsverbot in Form einer Weisung des heimathlöckerischen Staatssekretärs Major Fey an die Landeshauptmänner erlassen. Die christlichsozialen Landeshauptleute nahmen diese Weisung, die im Wiener Landtag ausdrücklich als „verfassungswidrig“ bezeichnet worden ist, widerspruchslos zur Kenntnis und halten sich daran. Anders der sozialdemokratische Landeshauptmann des Landes Wien, Bürgermeister Seitz. Er schickte die Weisung des Herrn Fey zurück, worauf sich Bundeskanzler Dollfuß sehr erbot, sie Seitz neuerdings zuzuschicken. Einwandfrei ist die Weisung dadurch auch nicht geworden.

Das „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“

auf welches sich der Angriff auf die Volksrechte stützt, ermächtigt die Regierung, wie sie behauptet, durch Verordnung Versammlungen „zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen und zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu treffen“. Ausdrücklich ist in diesem Gesetz aus der schlimmsten Kriegszeit gesagt, daß die Ermächtigung „nur für die Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse“ gilt. Auf Grund dieses ausgegrabenen, längst ungültigen Gesetzes erklärt nun die Regierung 14½ Jahre nach dem kriegsende Verordnungen, noch dazu solche über die Aufhebung verfassungsmäßig gewährleisteter Rechte! Das Versammlungsverbot, welches derart verhängt worden ist, kann sich nur gegen Versammlungen nach dem Versammlungsgesetz richten. Das Versammlungsgesetz aber bezieht sich nur auf Volksversammlungen, zu denen jeder ohne Beschränkungen kommen kann. Etwas anderes sind die Versammlungen für geladene Gäste nach dem Vereinsgesetz. Man nennt sie kurz „Paragraf-2-Versammlungen“. Wenn sie ordnungsgemäß angemeldet werden, können sie nicht verboten werden. Erst während ihrer Tagung könnte der Regierungsberechtigter eine solche Versammlung auflösen. Sehr Verbot im vorhinein ist gesetzwidrig. Nichtsdestoweniger sind am vorigen Mittwoch in Wien 73 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei rechtswidrig im vorhinein verboten worden.

Majestätsbeleidigung!

In der Dollfuß-Verordnung, mit der die Presse gefnebelt werden soll, ist auch ein förmlicher Majestätsbeleidigungsparagraf enthalten. Beleidigungen der österreichischen Regierung und Beleidigungen ausländischer Regierungen werden mit strengen Geld- und Arrestrafen bedroht. Die Zeitungen dürfen also nicht sagen, was sie über die gesetzwidrigen Verordnungen sagen wollen. Sie dürfen auch ihre Meinung zum Beispiel über den Herrn „Sicherheitskommissar“ Fey den Lesern nicht bekanntgeben. Das wäre eine schwer strafbare Beleidigung! Die Minister würden durch diese Dollfuß-Verordnung wie Majestäten in Vorkriegsösterreich geschickt. Der Schutz erstreckt sich aber auch auf Mitglieder ausländischer Regierungen. Die Österreicher dürfen nicht mehr erfahren, was das für

Leute sind, die jetzt in Deutschland, in Italien oder Polen das Volk knechten und unterjochen. Selbst in der alten Monarchie hat es so etwas nicht gegeben! Durch die Zensur, welche die Regierung für die Zeitungen eingeführt hat, ist die Republik Österreich hinter das kaiserliche Preßgesetz von 1862 zurückgedreht!

Was geschieht zur Abwehr?

Die Regierungsverordnungen über die Beseitigung der Pressefreiheit und der Versammlungsfreiheit und über sehr wichtige wirtschaftliche Angelegenheiten haben im Volk die tiefste Erregung hervorgerufen. Die Sozialdemokraten forderten nicht nur die sofortige Einberufung des Nationalrates und des Bundesrates, sie verlangten auch den Zusammentritt der Befehlsgewaltkörperschaften in den einzelnen Ländern. Sie haben die Beseitigung des schweren Angriffes auf verbriefte Staatsgrundgesetze in den Landtagen der Länder Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg durchgeführt. Wir berichten an anderer Stelle darüber, wie der Wiener und der niederösterreichische Landtag das Vorgehen der Regierung ablehnten. Der Salzburger Landtag sprach sich am 10. März mit starker Mehrheit gegen die Einschränkung der Pressefreiheit aus. Die Wiener Landesregierung hat beschlossen, die Pressenotverordnung beim Verfassungsgerichtshof als gesetzwidrig anzufechten. Die Vereinigung der Schriftleiter der Wiener Zeitungen aller Parteirichtungen hat gegen die Einschränkung der Pressefreiheit nachdrücklich protestiert. Noch deutlicher aber antwortete die Stimme des Volkes den Regierenden in den

vielen hunderten sozialdemokratischen Versammlungen,

welche die Sozialdemokratische Partei in den beiden vergangenen Wochen in allen Teilen der Republik für ihre Mitglieder abgehalten hat. Alle diese Versammlungen waren ausgezeichnet besucht, die Teilnehmer von bester Kampfesstimmung erfüllt. Nun gilt es, die Werbekraft für die Partei zu vervielfachen. Die Arbeiterchaft wird zeigen, daß alle Verfolgungen nur neues Leben, neue Kraft und neue Mitstreiter in unsere Bewegung bringen.

Das Parlament tritt zusammen.

Die Christlichsoziale Partei hat sich entschlossen, das Vorgehen der Regierung reslos zu deden. Auch die Landbauern glauben offenbar, daß jetzt die geeignete Zeit für die Vernichtung der Freiheitsrechte gekommen ist. Bedauerlich ist es, daß auch der christlichsoziale, niederösterreichische Bauernbund dabei mittut. Die Bauern selbst sind ja nicht gefasst worden. Deshalb ist der Beschluß der Großbauern, die im Bundesauschuß des Bauernbundes sitzen, wenig eindrucksvoll. Die Großklosterbegeisterten für den Faschismus, den die mittleren und kleinen Bauern in ihrem ur-eigensten Interesse entschieden ablehnen müßten. Die christlichsoziale Bundespartei-leitung beschloß, daß die Regierung das „Fortsetzen der ganz unmöglichen parlamentarischen Verhältnisse verhindern“ solle. Die Christlichsozialen wollen also den Kampf. Ebenso herausfordernd war die Rede, welche der Bundeskanzler im christlichsozialen Parteirat hielt. Er gab zu, daß der Rücktritt der Nationalratspräsidenten zu dem längst geplanten diktatorischen Vorgehen ausge-nützt wird. Der Rücktritt der Nationalrats-präsidenten und die dadurch verursachten Schwierigkeiten im Parlament sind also nicht die Ursache der Notverordnungen, sondern nur ein willkommener Vorwand der Regierung.

Der dritte Präsident des Nationalrates, der Großdeutsche Straffner, hatte den Nationalrat zu einer neuen Sitzung einberufen. In ihr sollen die Präsidentschwierigkeiten, welche den Vorwand für die Rechtsbrüche abgaben, beseitigt werden. Auch der Bundesrat tritt zusammen. Im Bundesrat haben die Christlichsozialen und ihre Mittläufer keine Mehrheit. Es besteht kein Zweifel, daß die Mehrheit unseres Volkes von den gefährlichen faschistischen Umtrieben nichts wissen will.

Das Volk hat andere Sorgen als diese Regierung! Die Arbeitslosen verlangen Arbeit, die Angestellten und Pensionisten die Sicherung ihrer Bezüge, die Gewerbetreibenden Ruhe und Ordnung im Lande, damit sie sich wenigstens halbwegs über Wasser halten können. Eine pflichtbewusste Regierung würde sich danach richten und nicht gefährlichen Abenteurern nachjagen, die das Land in furchtbares Elend und blutigen Bürgerkrieg stürzen können.

Der Nationalrat hat getagt

Vergebliche Versuche, die Tagung zu verhindern.

Am 4. März sind die drei Nationalratspräsidenten zurückgetreten und die Nationalrats-sitzung konnte nicht ordnungsgemäß geschlossen werden. Der als letzter zurückgetretene großdeutsche Nationalratspräsident Dr. Straffner mußte selbstverständlich bis zur Wahl neuer Präsidenten sein Amt weiterführen. Um den Nationalrat, den die Regierung als handlungsunfähig erklärte, wieder flottzumachen, berief Präsident Straffner den Nationalrat für den 15. März zu einer Sitzung ein, wozu er zweifellos berechtigt war. Trotzdem bestritt die Regierung diese Berechtigung und bot alles auf, um den Zusammentritt des Nationalrates zu hindern.

Die Sitzung hat nichtsdestoweniger am Mittwoch stattgefunden! Die Regierung schickte Polizisten in das Parlamentsgebäude. Sie hatten Befehl, die Volksvertreter nicht in den Parlamentsaal zu lassen! Die meisten sozialdemokratischen und großdeutschen Abgeordneten waren aber bereits im Saal und der Plan der Regierung, die Sitzung zu verhindern, ist gescheitert. In der folgenden kurzen Sitzung des Nationalrates wurde unter dem Vorsitz des Präsidenten Straffner die angeblich noch tagende Sitzung vom 4. März ordnungsgemäß geschlossen und damit jeder Vorwand, der Nationalrat sei nicht arbeitsfähig, beseitigt. Da die Polizisten acht Abgeordnete hinderten, an der Sitzung teilzunehmen, ist wegen

Behinderung von Abgeordneten in Ausübung ihrer Rechte

die Strafanzeige erstattet worden. Obwohl die Dollfußparteien nicht an der Sitzung teilnahmen, war der Nationalrat beschlußfähig. Es war fast die Hälfte seiner Mitglieder in der Sitzung.

Die Regierung bemüht sich vergeblich, die stattgefundenene Sitzung als eine private „Versammlung“ der sozialdemokratischen und großdeutschen Abgeordneten hinzustellen, die sie als „nicht angemeldete Versammlung“ nach § 2 des Versammlungsgesetzes verbieten und mit Polizei verhindern durfte. Auch der steirische Landtag hat am Mittwoch mit großer Mehrheit die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände gefordert. Dazu wäre es höchste Zeit:

Am Mittwoch haben bewaffnete Heimwehrabteilungen im staatlichen Gebäude des Landwirtschaftsministeriums in Wien Bereitschaft gehalten! Auch in Linz ist am Mittwoch Heimwehr als Notpolizei bestimmt worden. Zugleich aber ist in Innsbruck im sozialdemokratischen Parteihaus nach Waffen gesucht worden. Die Regierenden sollten sich endlich überlegen, in welche Gefahren Versuche dieser Art das Land stürzen.

rungsanschuß im E.-Werk-Anschuß. Genosse Bauer wurde von der Fraktion in den geschäftsführenden Ausschuß berufen. Wir ersuchen unsere Wähler, wenn sie irgendwelche Anliegen haben, sich an diese Genossen zu wenden.

Neuzeit bei Scheibbs. Gemeinderat. Am 18. Februar hielt der Gemeinderat eine Sitzung mit reichhaltiger Tagesordnung. Zunächst wird der Bürgermeister beauftragt, wegen einer Ermäßigung der Honorarforderung für ärztliche Behandlung eines Kindes mit Dr. Beditzig zu verhandeln. Die Zuschuß der niederösterreichischen Landesregierung wegen Bewilligung einer 60prozentigen Gemeindeförderung wird zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung von Ortsorientierungstafeln wird im Prinzip beschlossen. Ein Ansuchen um einen Beitrag von 120 S für einen Heilanstaltenaufenthalt aus den Mitteln der Winterhilfe mußte mangels verfügbarer Mittel leider abgelehnt werden. Ein Ansuchen um Ermäßigung der Realsteuer der Holzwoollerzeugung wird beschlossen, ein Ansuchen des Volkshilfsvereines Krems um Unterstützung abgelehnt. Dem Arbeiterturnverein wird für den Skiabfahrtslauf der Kinder ein Betrag von 6 S gespendet. Hierauf wird der Rechnungsabluß der Gemeinde für das Jahr 1932 mit Einnahmen von 27.044,93 S und Ausgaben mit 26.486,72 S genehmigt. Ebenso wird der Rechnungsabluß der Schule Kienberg genehmigt. Betreffs Zinsrückstände im Gemeindehaus werden die Parteien in Kenntnis gesetzt, daß der Zins jeden 1. gezahlt sein muß, da sonst die Kündigung erfolgen muß. Sodann gelangen eine Reihe Ansuchen um Ermäßigung der Wertzuwachsabgabe teils zur Annahme, teils zur Ablehnung. Bei „Allfälliges und Anträge“ wird der Bericht des Genossen Kopp über die Winterhilfe zur Kenntnis genommen. Der Bericht des Bürgermeisters über die Kommissionsierung beim Erdruß unterhalb des Hauses Bichl in Hochbrunn wird zur Kenntnis genommen. Zur Ausbesserung des Weges werden von der Gemeinde drei Hilfskräfte sowie fünf Zementrohre beigegeben. Betreffs der Uferstützungsarbeiten der Erlauf oberhalb der Uferstützungsarbeiten der Erlauf oberhalb der Uferstützungsarbeiten wird an das Landesbauamt in Wien eine Eingabe gemacht. Gemeinderat Kopp spricht über die Hebung des Fremdenverkehrs. Es wird beschlossen, wegen Ankaufes der Jagdhütte am Buchberg mit Herrn Egerer zu verhandeln. Gemeinderat Hörhan führt namens der sozialdemokratischen Fraktion wegen Durchführung der in den Gemeinderatsitzungen gefaßten Beschlüsse Be-

schwerde. Es wird beschlossen, den geschäftsführenden Ausschuß mit der Überwachung der Durchführung der Beschlüsse zu betrauen. Gemeinderat Brandl führt namens unbenannter Auftraggeber über die Unterstellungen, die von Seiten der Gemeinde in Todesfällen bei unbemittelten Personen ausbezahlt werden, Beschwerde. Hierzu nehmen die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion Stellung und bleibt diese Beschwerde unberücksichtigt.

Bezirk Ybbs

Ybbs. Generalversammlung des Fürsorgevereines „Nächstenhilfe“. Dienstag, den 21. Februar, hielt der Freiwillige Fürsorgeverein „Nächstenhilfe Ybbs“ im hiesigen Arbeiterheim seine Generalversammlung ab. Die Berichte ergaben ein anschauliches Bild reger Tätigkeit. Sechs Ausschusssitzungen und zahlreiche Besprechungen wurden abgehalten. In die Hilfsbedürftigen im Gerichtsbezirk Ybbs kamen 100 Lebensmittelpakete, Kleider, Wäsche, Schuhe, Säuglingswäsche zur Verteilung, Bargeldunterstützungen griffen in 38 Fällen Platz, die Weihnachtsaktion gestattete eine Beteiligung von 84 armen Familien mit Lebensmittelpaketen und je 30 Kilogramm Kohlen, ein vollständig eingerichteter Wanderkorb wurde von der Österreichischen Heilmittelfabrik AG. angeschafft und schließlich eine Ausreisaktion für 17 bedürftige Schulkinder ins Leben gerufen. Die Kassierin berichtete, daß der Verein an Einnahmen S 1992,52 und an Ausgaben S 1772,80 hatte, somit einen Restbestand von S 219,72 verzeichnet. Aufrichtiger und wärmster Dank gebührt dem oft erprobten Opfermut der Angehörigen der Wiener Landesanstalt, die durch die Unterstützung des namhaften Betrages von S 1580,55 das große Fürsorgewerk erst ermöglichen. Lokalobmann Genosse Haberfellner stattete den Dank der Lokalorganisation an die Leistung des Fürsorgevereines ab. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl wurde der alte Ausschuß mit geringfügigen Änderungen und als Vorstehende Genossin Naja Weiß wiedergewählt. Genosse Hofmann aus Wien berichtete über die durch Staat, Länder und Gemeinden betriebene Fürsorge. Gerade in dieser Zeit, in der das herzzerreißende Elend der Menschen nach vermehrten sozialen Hilfsmahnahmen schreit, will die Regierung die Arbeitslosenversicherung und die Sozialfürsorge zerkümmern; gespart muß werden an den Armen und Kranken. Fürsorge für Heimatlose oder gar

eine menschliche Sandhabung des „Ziehkindergesetzes“ ist unserer Regierung ein fremder Begriff. Zum Schluß betonte Genossin Weiß, daß dieser Verein nur ein Fürsorgeverein und bestrebt ist, dem armen, hilfsbedürftigen Menschen, sei es wer immer, zu helfen. Es ergeht daher an alle jene, welche noch in der glücklichen Lage sind, den Armen zu helfen, die dringende Bitte, den Fürsorgeverein mit Geld, Kleidern, Lebensmitteln usw. zu unterstützen. Jährlicher Mitgliedsbeitrag 50 Groschen.

Blindenmarkt. Vom Krüppelkreuz. Montag, den 6. März, soll ein SA-Mann überfallen worden sein. Die Nazi erschreckten sich nun, die durchtrennte Kappe des SA-Mannes mit dem ordinärsten Text wie „rotes Nordgesindel“, „feige Mörder“ usw. in ihrem Schaufenster auszustellen. Vor allem stellen wir fest, daß der junge Mann keine einzige Verletzung aufweist, daß daher die zerstückte Kappe ein Schwindel ist, um Eindruck zu schinden. Der Vursch kann nach der Sachlage höchstens einige Ohrfeigen gefaßt haben. Übrigens dürfte sich mit dem um den Ruhm des Märtyrers Bekommenen sowie auch dem Verfasser des Textes, dem wir den guten Rat geben wollen, sich mehr politische Bildung anzueignen, noch der Staatsanwalt beschäftigen. Der überwiegende Teil der Blindenmarkter fällt auch sein Urteil über derartige Vorkommnisse der Nazi. Mit einem Prachtemplar der Nazi wollen wir uns nächstens befassen.

Karlsbad. Filmbortrag. Die hiesige Lokalorganisation hielt am 5. März in Ringers Gasthaus einen Schmalfilmbortrag ab. Zu dieser Veranstaltung war Genosse Dubovský aus Wien erschienen. Zur Vorführung gelangten ein Lustspiel und der Aufnahmefilm der Gemeinde Wien: „Das 17er Haus“. Die beiden Filme fanden bei den sehr zahlreich Erschienenen großen Anklang. Besonders der Film „Das 17er Haus“ begeisterte die Anwesenden, unter denen sich auch einige Sahnenschwänzer befanden. Aber auch sie mußten zugeben, daß die Gemeinde Wien ein gutes Aufbauprogramm hat, und in dieser schweren Zeit Erfiaunliches leistete. Nach Schluß der Filmbildung gab Genosse Dubovský ein Referat über das Aufbauprogramm der Gemeinde Wien, wobei er auch auf die Wirtschaftskrise zu sprechen kam. Er betonte, daß die Bauern für ihre Milch nur 20 Groschen bekommen, und der Arbeitslose in Wien diese mit 45 Groschen bezahlen muß. Daher ist es notwendig, daß der Zwischhandel, welcher das meiste daran ver-

dient, ausgeschaltet wird, und das kann nur erreicht werden, wenn der Bauer zur Einsicht kommt, daß Arbeiter und Bauern zusammenhalten müssen, um gemeinsam vorgehen zu können. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Zum Schluß dankte Genosse Obmann Schinnerl für den guten Besuch und für die Spenden. Er gab zur Freude aller Anwesenden bekannt, daß wir uns hoffentlich bald wieder bei einer Filmbildung sehen werden, denn der Film ist das beste Aufklärungsmittel.

Druckerei „Vorwärts“ U. G.

Wie wir bereits im Oktober 1932 berichtet haben, wurden die vom Parteivorstand zentral herausgegebenen Zeitungen in einer Gesellschaft zusammengefaßt, die den Namen „Sozialdemokratische Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung“ führt, und die Wiener Parteidruckerei „Vorwärts“ in die Rechtsform einer Aktiengesellschaft gebracht. Diese ist kürzlich registriert worden. Als Mitglieder des Verwaltungsrates, selbstverständlich ohne jede Bezüge, fungieren einige Mitglieder des Parteivorstandes. Die gegenwärtige Presse, die diese Aufgabe schon vor mehr als vier Monaten aus der „Arbeiter-Zeitung“ selbst hätte entnehmen können, tut nun furchtbar erkrant und entrückt sich „antifaktualistisch“ über die Gründung im Allgemeinen und im besonderen darüber, daß jede einzelne Aktie 10.000 S kostet. Naiv fragt die Presse der Arbeiterzeitschrift, wie sich da ein Arbeiter zu einer Aktie kaufen soll. Es ist selbstverständlich, daß nie daran gedacht wurde, diese Aktien irgendwo irgendwem zum Verkauf anzubieten. Sämtliche Aktien sind natürlich im Besitz der Sozialdemokratischen Partei selbst, weshalb es ganz gleichgültig ist, ob die einzelnen Aktien auf den Betrag von 500 S, von 10.000 S oder von 100.000 S ausgestellt sind. Die Unternehmungen, um die es sich handelt, haben vorher als offene Handelsgesellschaften der Sozialdemokratischen Partei und nicht irgendwelchen Privatpersonen gehört, und dabei ist es natürlich geblieben. Ein allfälliger Gewinn fließt der Partei, zuhanden des auf dem Parteitag gewählten Parteivorstandes, zu. Die Umwandlung in eine neue Rechtsform hat ihre Ursache bloß darin, daß bei Todesfällen von Genossen, die formal als Eigentümer fungieren, keine Schwierigkeiten entstehen sollen und die Besteuerung der Unternehmungen, die früher zu Streitfällen mit den Behörden Anlaß geben konnte, nunmehr unzweifelhaft nach den Bestimmungen der Körperschaftsteuer erfolgen kann. Den Nazi, die beim Verleumben immer am finstern sind, sei empfohlen, sie Gilers „Völligen Beobachter“ anzuschauen; sie werden dort finden, daß ihr Zentralorgan im Verlage einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung erscheint, genau wie auch die „Arbeiter-Zeitung“.

Amstetten
Molkerei Amstetten
Johann Schimanko, sen.
Leopold Dollfuß
Elektrische Installationen, Radlo-Apparate auch Teilzahlung bis 12 Mon.
Karl Geyrhofer
Drogerie - Parfümerie - Photo
Gastwirtschaft TODT
Karl Teichmann
Johann Brunners wtw.
Johann Schindler
St. & A. Hoyerwieser
Adolf Greger

Diese Inserenten legen Wert auf Arbeiter- und Bauern-Konsumenten!
Vorboten des Frühlings
Ph. Mr. Franz Körner
Wieselburg a. d. Erlauf
Brüder Grabner
ALOIS REDLINGSHOFER
Karl Kammerhuber
Moser's
Moritz Greger
Karl Amashauffer
Alfred Griessler
F. WEINER
Kaufhaus Alois Marchand
Hans Huber
Walter Dietrich

Ybbs a. d. Donau
Warenhaus Heinrich Ortmayr
Brüder Elhenitzky
Franz Sommer, Malermeister
Alois Viehtauer
Warenhaus Schachner
LEO HOFMANN
Karl STEINACKER
Stefan Hahn
Kaffee Fleischhändler
Franz Biberauer
Josef Raudenberger
Otto Amstler

Waidhofen a. d. Ybbs
Der Geschirrummel
Sparkasse d. Stadt Waidhofen a. d. Ybbs
Spart bei Eurer Sparkasse!
Gottfried Hartner
Friedrich Nowak
Hans Hörmann
J. WUCHSE
Ferdinand Achatz
L. Schönheinz
Hermann Ganglmayer
Anna Wagner

Möbelhalle - Tischlerei
Heinrich Ellinger
Hotel-Café Infrüh
Konsum- und Spargenossenschaft
FRITZ RINNER
Dampfbäckerei Stahmüller
Rudolf Pöchlner
Fritz Pänkbauer
Gasthaus Josef Pänkbauer
Hausmenning
Aloisia Teuffl
Hermann Ganglmayer
Anna Wagner

Amstetten
Musik- u. Radiohaus
KARL FREY
Radioapparate - Reparaturen
J. Eisl, Ardaggerstraße 50

Führer durch die Geschäftswelt
Frisiersalon Hanisch
RUDOLF GEYRHOFFER
Radioapparate - Reparaturen
J. Eisl, Ardaggerstraße 50

Waidhofen a. d. Ybbs
Josef Wagners
Auto- und Motorrad-Reparaturwerkstätte
M. Pokerschnigg u. H. Kröllner

Allgemeiner Konsumverein
Pöchlarn-Neuda
Verkaufsstellen in: Neuda - Wieselburg - Scheibbs - Kienberg - Langau - Lackenhof - Gresten - Ybbs - Amstetten - Mauer - Blindenmarkt - Loosdorf

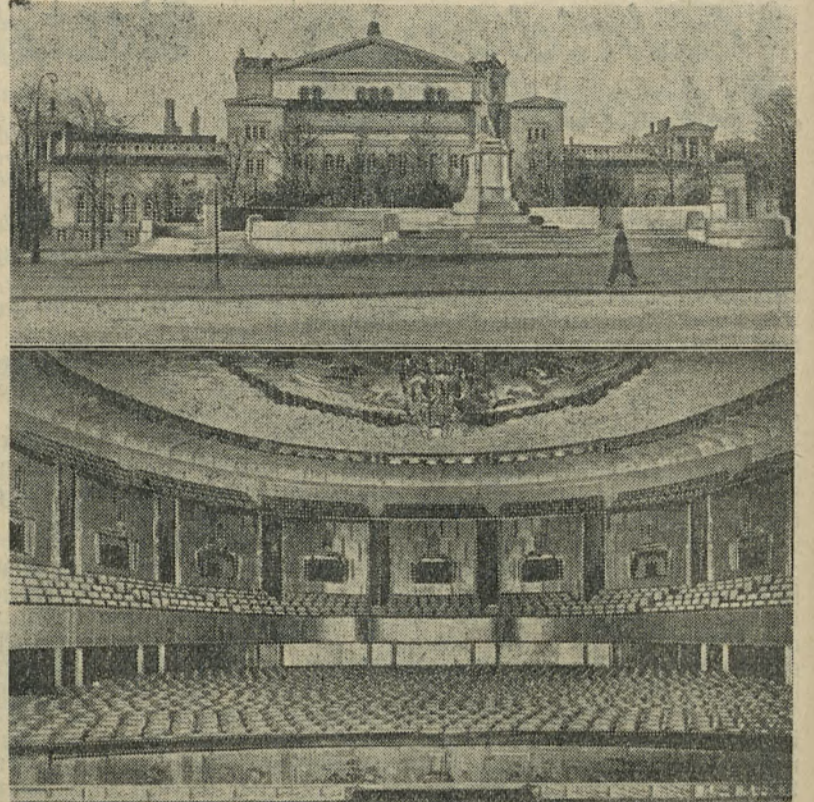
Die aktuellsten Bilder der Woche



Sturmangriff chinesischer Truppen in der Provinz Jehol. Chinesische Truppen gehen gegen die Stellungen der Japaner vor.



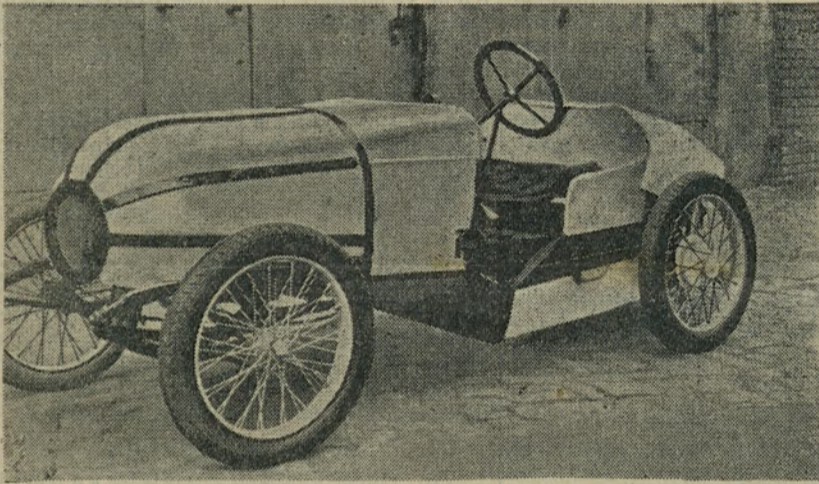
Seinen Namen sollt ihr nie erfahren! Es ist Dollfuß I.



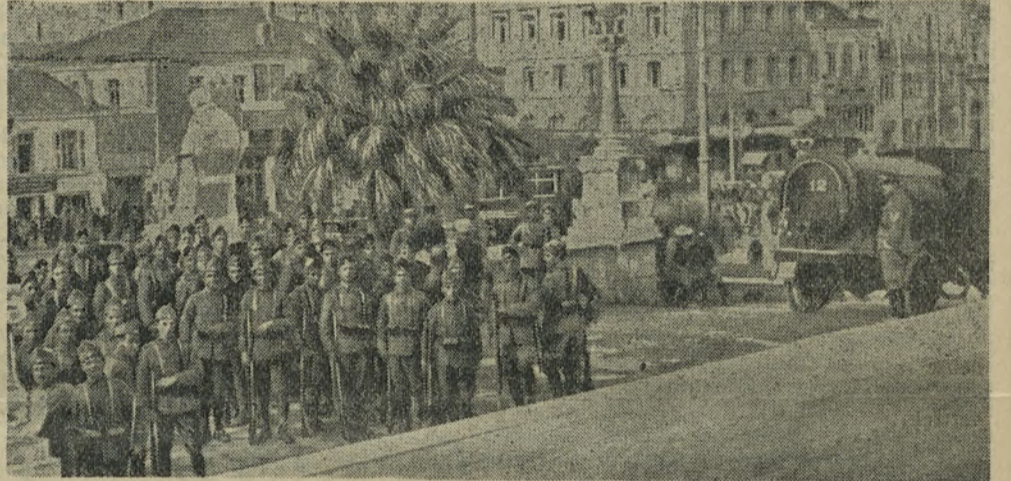
Die Krolloper in Berlin, in der ja auch sonst stets Theater gespielt wird, dient von der nächsten Woche an als Tagungsort des neugewählten faschistischen Reichstages.



Heraus die



Oben: Ein folgenschweres Erdbeben hat das blühende Kalifornien an der Westküste der Vereinigten Staaten heimgesucht. Der Badeort der reichen Leute Long Beach (sprich: Longbitisch, Bild) hat am schwersten gelitten. 150 Menschen kamen ums Leben.

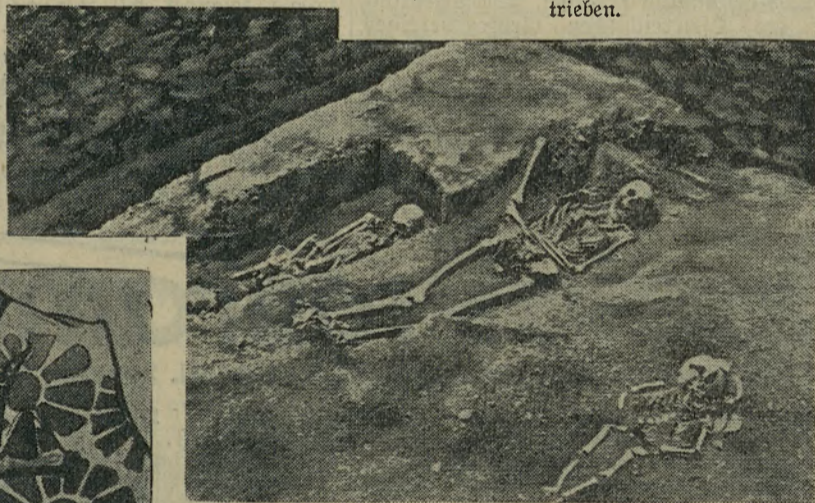


Oben: Ein Putschversuch in Griechenland wurde von der Militärpartei versucht, als vor zwei Wochen die Monarchistenpartei Tsaldaris die Parlamentsmehrheit eroberte. Die Athener Polizei hat die Demonstranten mit diesem Wasserwerfer auseinander getrieben.

Das erste Gasturbinenauto hat der deutsche Ingenieur Graichen gebaut. Die Turbine kann mit allen billigen Brennstoffen betrieben werden. Die Explosionskraft der Treibmittel wird unmittelbar in drehende Bewegung umgewandelt.



Chinas Meinung über Japan: Der nimmersatte Japaner will dem anspruchlosen Chinesen seine bescheidene Nahrung rauben. Ein chinesisches Blatt.



Römische Gräber bei Budapest wurden vorige Woche aufgefunden. Diese Toten sind vor etwa 1800 Jahren begraben worden.



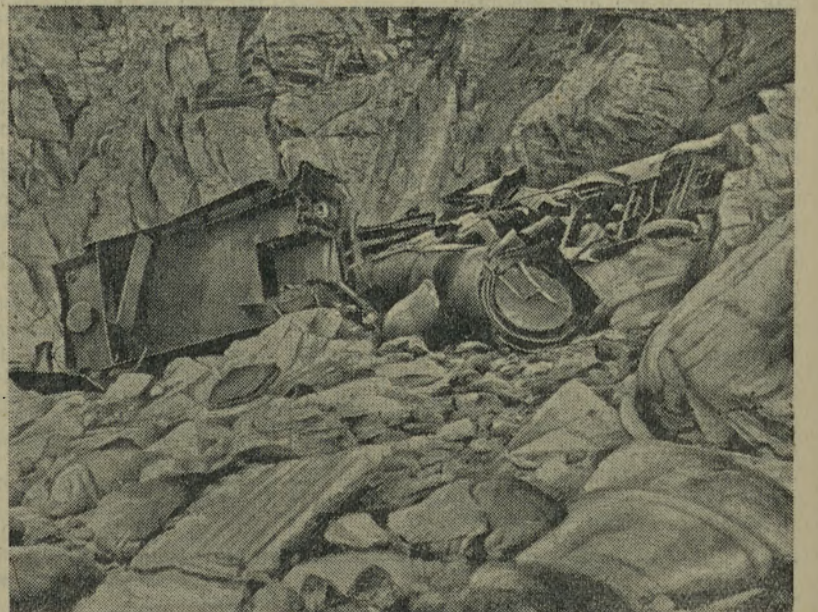
Der italienische Motorbootrennfahrer Theo Rossi erreichte mit seinem kleinen Motorboot auf dem Gardasee eine neue Weltbestleistung von 99,4 Kilometer in der Stunde.



Amerikanisches Notgeld: Holzscheiben und Anweisungen auf Korn.



Der chinesische General Tanghuin soll ermordet worden sein. Die Chinesen werfen ihm vor, er habe die Provinz Jehol nicht hinlänglich gegen die Japaner verteidigt.



In die Tiefe gestürzt ist diese Lokomotive bei Fairbourne (England). Ein Erdrutsch riß sie hinab. Lokomotivführer und Heizer starben den Tod in der Arbeit.

Die rote Spottdroffel

Blatt für Kritik und Humor

Landeshauptmann Dr. Buresch sagte am Dienstag im niederösterreichischen Landtag: „Kein Gesetz ist nur ein toter Buchstabe. Jedes Gesetz ist ein lebendes Wesen, das seine Hüter achten und wahren, aber auch anpassen müssen den Verhältnissen der Zeit.“

Die Ballmutter der Reaktion.



Sie werden nicht klein.

Wehr denn je kommen sie nun an den Samstagabenden und an den Sonntagnächtmittagen dort oben am Berg beim Lenzn-Sepp zusammen: die Tagelöhner, Kleinbauern und Maurer. Es sind keine Versammlungen, die der kleine Dollfuß mit seinem Verbot verboten hat. Sie kommen zusammen, ohne daß sie eingeladen wurden, sie haben keinen Vorsitz, sie kommen und setzen sich um den Eichentisch, passen ihre Pfeifen, daß davon der Tramboden noch geträumter wird. Aber das tut nichts, die Lenzin weißt zu Ostern eh die Stuben wieder aus, daß sie wieder freundlich wird und hell.

Einmal kam sogar der Gendarm von Strahn und fragte, was es da gebe, ob sie vielleicht gar eine Versammlung hätten. „Ah beile! Ma kemman do na z'omm, weul's uns draußt no z'alt is und zun Schneeglöckchenbrock san ma scho z'olt und z'reif. Es Wirtshaus könn' ma a nit geih', weul ma foa Göld hom! Do könn' da Dollfuß a quits Werk toa! Dos stangt eahm scheina on ols sein G'tolt!“ Das letzte hörte der Gestrenge nicht mehr. Er ging schon seines Weges. Still brummte er vor sich hin: „Daß de ba was onas redn ols von Weda, dos ist g'wiß! Ma: soll i vielleicht den Herrnan i da Stodt a Nacht aufsteda? Na!“ — Die oben am Berg machten sich wieder breit auf den Wandbänken, der Lenzn-Sepp zog sein Parteiwochenblatt hervor, die „Arbeiter-Zeitung“, Broschüren über Karl Marx. Der Lenzn-Sepp liest vor, erläutert, macht die schwere Sache verständlich. Heute die Rede Otto Bauers. Sie erleben in den Worten das Schicksal der deutschen Arbeiter. Manchmal schlägt einer mit der Faust auf den Tisch, heißt die Zähne zusammen, ein anderer tut einen schweren Seufzer und redt sich hoch. Sie hören, wie's der kleine Dollfuß aus Angst dem Hitler nachmachen will, aus Angst, es könnte ihm der Kanzlerstuhl wie ein Topf unter dem Leibe weggezogen werden, und mancher harter Fluch kommt über ihre Lippen. Sie haben ja das Bild von dem, was die Dollfuß und die Fey wollen, vor ihnen: im Lippl, der sich in Blut- und Weinrausch nicht genug tun kann an Ausrufen und Laten der braunen Sonnen Deutschlands. Schon zweimal haben sie des Nachts dem Lenzn-Sepp die Fenster eingeworfen, vor die Tür gemacht und den Rot an die Klinke ge-

schmiert. „Keiner soll eine Arbeit kriegen von den roten Hunden! Ausrotten muß man diese Brut!“ Das ist sein Morgen-, Mittag- und Abendgebet. So ist das Erwachen! Sie hören's aus den Worten des Lenzn-Sepp und erschauern vor der Unmenschlichkeit und Brutalität der Hitler-Leute. Sie werden zu Stahl, die Tagelöhner, Maurer und Kleinbauern, wenn sie vernehmen, so soll es auch bei uns werden. Sie sind ja nur ein Häuflein und denken an Weiß und Kind. „Aber“, wird jetzt der Lenzn-Sepp lauter: „Sitt das noch ein Leben, das nur Not und Elend und Bedrückung kennt? Sie sollen es wissen, wenn sie uns auch noch den Zusammenschluß nehmen wollen, dann ist uns dieses Leben nichts mehr wert!“ — Da zitterten ihre Häute und die Falten ihrer Gesichter gläteten sich. Laut sprachen sie die Schlüsselworte Pölzers nach: „Wir wollen nicht in Knechtschaft leben!“

Operettenputsch.

In diesem Landstrich zwischen dem Arlberg und der March kein Satiriker zu sein oder in der kürzesten Zeit zu werden, ist schlechterdings eine Unmöglichkeit. Und jedesmal, wenn man glaubt, der Höhepunkt der grotesken Possen sei erreicht, wird man eines Besseren belehrt: es kommt immer noch besser, immer noch toller, immer noch possenhafter. So wie dem König Nides sich alles in Gold verwandelte, was immer er berührte, so ist es das Schicksal des berühmten „österreichischen Menschen“, das alles zur Komödie — traurigen oder lustigen — wird, was immer er unternimmt, wenn er seine vier Wände verläßt und in Politik macht. Erinnert ihr euch noch des herrlichen Heimwehrputsches vom September 1931, als die diversen Beamten und Bürgermeister einander verhafteten und die Frau eines Bezirkshauptmannes für die Herren Putschisten, die ihren Mann zu verhaften gekommen waren, Kaffee kochte, während in Graz die Wehrmacht aus den diversen Gast- und Kaffeehäusern geholt werden mußte, um dann in Autos mit einer Geschwindigkeit von 10 Kilometer pro Stunde auf den inneren Kriegsschauplatz abtransportiert zu werden. Und wie die Herren weiß-grünen Revoluzzer, als sie sahen, daß die Sache schief ging, in den diversen Wirtshäusern einfach die Windjaden auszogen und die hahnenschwanzgeschmückten Hütle einstodten und an den

Gendarmen und Soldaten vorbei gemühtlich nach Hause gingen, als ob nichts geschehen wäre, natürlich, nicht ohne vorher die Gewehre und Maschinengewehre ordnungsgemäß in den allen bekannten Verstecken deponiert zu haben. Und dieser Affenkomödie eines Putschs von unten gleicht der Putsch, den sich der Herr Dollfuß jetzt leistet, auf ein Haar. Wie war nur die Sache eigentlich? Wichtig; am Samstag, den 4. März, war die bekannte Abstimmungsgeschichte im Parlament, bei der — auch echt österreichisch — eine Schlamperci mit Stimmgeldern zur Demission des gesamten Präsidiums führte. Tags darauf fanden die Wahlen in Deutschland statt, die infolge ihres Ausganges in Süddeutschland besonders dem „Reichspost“-Klingel unter den Christlich-Sozialen stark in die Nase stachen. Worauf der Herr Dollfuß sich am Montag in einem Manifest an seine neun Völker wandte, worin er kund und zu wissen tat, daß er, um der „allgemeinen Unruhe“ zu steuern, sich verurteilt sehe, ein kleines Diktaturschel einzuführen. In Wirklichkeit war die Sache so, daß von einer Unruhe weit und breit nichts zu sehen war, vielmehr erst die Aktion der Regierung Unruhe erzeugte. Die bescheidene Wahrheit ist, daß der Herr Dollfuß, gedrängt von den „Reichspost“-Leuten und dem Klingel um den Herrn Starhemberg, die Präsidenten-affäre zum willkommenen Anlaß nahm, den Nationalrat auszuschalten. Denn daß der Nationalrat aufgehört hätte, zu bestehen, weil seine drei Präsidenten demissioniert haben, ist eine so alberne Auffassung, daß darüber sogar die ältesten Steirer und Tiroler Alpenkühe Lachkrämpfe bekommen. Selbst für den Fall, als Regierung und Nationalrat sich nicht direkt einigen könnten, was bei gutem Willen in fünf Minuten erledigt wäre, wäre ja noch immer der Herr Bundespräsident da, den man ja im Jahre 1929 mit so viel Vollmachten ausgestattet hat, um den Konflikt autoritär durch ein Machtwort entscheiden zu können. Bis jetzt liegt aber nur eine einzige Äußerung des Staatsoberhauptes vor, dahin gehend, daß kein Grund zu einer Verurteilung vorliege. Man wird eben nicht behaupten wollen, daß damit viel getan ist. Nein, für die Regierung oder, besser gesagt, für den gewissen, allseits bekannten Klingel, der sich seit einem Dezennium anmaßt, alles

müsse in Österreich nach seiner Pfeife tanzen, ist die Demission der Präsidenten das, was man ein gefundenes Fressen nennt. Daher die beständige Weigerung, die Flottmachung des Nationalrates in Angriff zu nehmen. Die Regierung glaubt, zwei Fliegen auf einen Schlag erledigen zu können: die Not, deren Opposition im Nationalrat auf die einfachste Art ausgeschaltet wäre, und die Nazi, deren Werbetätigkeit durch das Versammlungsverbot lahmgelegt ist. Um die Possen auf den Höhepunkt zu bringen, verlangt das Organ des Herrn Fey die Verhaftung Straßners, während dieser mit einer Strafanzeige gegen jene droht, die den Zusammentritt des Nationalrates verhindern wollen. Und die Presse? Die liberalen Blätter sind von Kopf bis Fuß auf einer Seite — andererseits eingestellt, während die „Reichspost“, von der aller Wahrscheinlichkeit das Komplott ausgeht, in einem Leitartikel behauptet, es gehe um Österreich. Aber wer das von clerikalem Größenwahn besessene päpstliche Organ kennt, weiß, daß es sich jedesmal, wenn es SDS-Rufe ausstößt, um clerikalen Nachdünkel handelt, der seine Stützpunkte in Wien und München bedroht sieht.

Nur nichts merken lassen!



„Ja, warum schauen Sie denn gar so traurig drein?“ — „Wissen Sie, meine Frau will nämlich auf zwei Wochen fort fahren und wenn ich lustig aussehe, fährt sie nicht.“